

Zeitschriften-Spiegel

„Fundamentaldemokratisierung“

Die Münchner Zeitschrift *Politische Studien*, Nr. 193/1970, untersucht Probleme der Fundamentaldemokratisierung. *Eckhard Spannraft* argumentiert einfürend gegen die radikal-demokratische Theorie, daß Herrschaft von Menschen über Menschen grundsätzlich aufhebbar und politische Beteiligung ein Wert an sich sei:

„Dagegen spricht die Diskrepanz zwischen der Zahl und Komplexität politischer Entscheidungen und der Informationsaufnahme und Verarbeitungskapazität des einzelnen Bürgers und die Konkurrenz des politischen Interesses mit anderen relevanten Individualinteressen.“

Partizipation und innere Demokratisierung müßten vor allem in den Parteien und großen Wirtschaftsverbänden verwirklicht werden. „Die scheinotechnokratische Berufung auf höheren Sachverstand ist dabei geradezu zur neuen ‚Lebenslüge‘ des oligarchischen Staates

geworden. Die Entfremdung zwischen Führerschaft und Mitgliedern ist so weit gediehen, daß Parteien und Verbände den Willen ihrer Mitglieder durch Meinungsumfragen erforschen lassen müssen. Innerverbandliche und innerparteiliche Demokratie ist also nicht zuletzt ein Kommunikationsproblem.... Versteinerung dieser (der mittleren, B. S.) Funktionärsschicht zu einer Bürokratie und die zunehmende Apathie der Mitglieder und Verselbständigung der charismatisch-plebiszitär agierenden Führerschaft verstärken sich in diesem Prozeß gegenseitig. ... Innerparteiliche und innerverbandliche Diskussion könnte wieder jene Reibung der Interessen erzeugen und jener Konkurrenz der Alternativen Raum geben, die für den einzelnen erst Freiheit ermöglichen und Herrschaft zunehmend in rationale verändern.“

Johannes Berger kritisiert in derselben Ausgabe der *Politischen Studien* die technokratische Reform der Hochschule als qualitative und quantitative Anpassung des Arbeitskräftepotentials an den Bedarf der privaten Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung. Demokratisierung heißt nach Berger nicht nur Beteiligung der Assistenten und Studenten an der Selbst-

Verwaltung der Hochschule, sondern Mobilisierung kritischen Potentials, das die technokratische Deformation verhindern kann. Grundvoraussetzung dafür sei die Politisierung der Wissenschaften. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Wissenschaftsbetriebes müßten als solche thematisiert und untersucht werden.

Der Theologe *Hubertus Halbfas* stellt fest, daß die kirchlichen Bemühungen um die Jugend in der Industriegesellschaft ungenügend seien, da sie nicht der von *Karl Mannheim* beschriebenen Fundamentaldemokratisierung dienen. „Kirche ist zur Identitätsfindung des Menschen in seiner jeweiligen Zeit verpflichtet. Das Evangelium verkünden kann doch schwerlich anders interpretiert werden. . . Diese Identifizierung aber ist niemals in abgehobener Idealität möglich, sondern nur in einem umfassenden Sozialisationsprozeß, der innerhalb unserer Gesellschaft, nicht formal, sondern fundamental-demokratisch sein muß.“

Horst Holzer untersucht die Rolle der Kleinfamilie für die frühkindliche Sozialisation und kommt zu dem Ergebnis, daß diese die triebökonomische Basis für spätere Manipulation lege, statt selbstbestimmte und selbstbestimmende Individuen zu erziehen. Der ödipale Konflikt bleibe heute in einer „diffusen Weise“ offen: „es finden in dieser kritischen infantilen Beziehung keine festen, gleichsam abschlußhaften Identifizierungen mehr statt, weil die Vorbilder dafür nicht mehr existieren. Daraus folgt, daß die Subjekte zeitlebens auf unvermittelte gesellschaftliche Anleitungen angewiesen sind, die befolgt werden, sofern damit manipulierbaren, kurzfristigen, narzißtischen Interessen entsprochen wird.“

Ein Literaturbericht über Forschungsergebnisse zur politischen Sozialisation in Kindergarten und Grundschule ergänzt diese Thesen.

Weiterhin werden die Themen Mitbestimmung und innere Pressefreiheit in dieser Ausgabe der *Politischen Studien* diskutiert.

Kapitalismus in der Bundesrepublik

Kursbuch 21, jetzt nicht mehr bei Suhrkamp, sondern im eigenen Verlag erscheinend, enthält unter dem Titel „Kapitalismus in der Bundesrepublik“ mehrere interessante Beiträge. *Hans Magnus Enzensberger* hat als „Kursbogen“ ein Schaubild über die Verflechtung der wichtigsten Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik zusammengestellt, das man auch noch — mit Hilfe eines Würfels — als Gesellschaftsspiel verwenden kann: „Das Spiel heißt Enteignung.“

90 Jahre nach *Karl Marx* haben *Yaak Karsunke* und *Günter Wallraff Marx* „Fragebogen für Arbeiter“ aktualisiert. Dies soll als Modell dienen, mit dem man einerseits bisher in dieser Form nicht verfügbare Daten über

die Lage der Arbeiter (und insofern sie nicht sofort zu beantworten sind, auch Daten zum Bewußtsein der Befragten) gewinnen und andererseits dem Befragten Anstöße geben kann, über die gesellschaftliche Bedingtheit seiner Lebensumstände nachzudenken.

Zwei Berliner Studenten berichten sehr anschaulich und detailliert über die Lage der Arbeiterinnen in Berliner Großbetrieben. Einige Zitate: „An die Stelle der alten Arbeitsteilung zwischen Frauen- und Männerarbeit ist eine neue, noch ungerechtere getreten. Frauenarbeit bedeutet heute nichts weiter, als die schwerere, dreckigere, schlechter bezahlte Arbeit zu machen . . . Die traditionelle Überlegenheit des Mannes, einzige Entschädigung für die entfremdete Arbeit im Betrieb, ist durch die wirklichen Verhältnisse nicht mehr gedeckt . . . (Die Frauen) können ihre Arbeit täglich mit der der Männer vergleichen, und ein Respektgrund nach dem anderen fällt fort. . . . Da der Beruf als Hilfsarbeiterin für sie nur ein notwendiges Übel ist, suchen sie sich in ihrem Bewußtsein und in der Einbildung soweit wie möglich davon zu befreien. Und da die kollektiven Befreiungsversuche zu selten sind, als daß man darauf bauen könnte, versuchen sie, sich individuell soweit wie möglich davon zu distanzieren: durch ihre Sprache, ihre Witze, ihre Träume.“

Barbara Schilling und *Karl Unger* beschreiben ökonomische und militärische Aspekte des westdeutschen Neokolonialismus am Beispiel Südafrika.

Hinweise

Die vom Otto-Suhr-Institut herausgegebene *Sozialistische Politik*, Nr. 6/7, 1970, bringt Materialien zum revolutionären Kampf in Brasilien, eine Analyse der Situation dieses Landes („Der beschleunigte Ausverkauf“) und eine Diskussion neuerer Imperialismustheorien in bezug auf die Dritte Welt.

Im *Europaarchiv*, Nr. 18/1970, informiert *Klaus Eßer* über neue Elemente in den Außenbeziehungen der Staaten Lateinamerikas.

Theodor Ebert entwirft in *liberal* 8/9, 1970, ein Konzept der sozialen Verteidigung, das zu einem Zeitpunkt der Annäherung zwischen Militärstrategen und einigen „Friedensforschern“ als „letztes Mittel des Volkes“ die soziale Verteidigung der Zukunft empfiehlt.

Nr. 265/1970 des *Monat*, der sich mit dem Thema Polizei beschäftigt, druckt einen *Newsweek-Artikel* über die elektronisch überwachte Gesellschaft der USA ab, der an die Alpträume *Orwells* erinnert. „Große und kleine Händler, Steuerbüros, Polizeiorganisationen, Volkszähler, Soziologen, Banken, Chefs, Bundesbehörden, Zeitungen . . . Versicherungsgesellschaften, Klubs, Versandhäuser, Kreditbüros . . . — jede einzelne dieser Organisationen und Institutionen (und weiß der Himmel, wie viele

dazu) jagen auch dem winzigen Fetzen Information nach, den sie über 205 Millionen Amerikaner zusammenkratzen konnten, speichern ihn, werten ihn aus." Eine private Informationsfirma behauptet zum Beispiel, über mehr als eine Million Namen zu verfügen, die sich irgendwann einmal gegen Amerika oder den christlichen Glauben ausgesprochen haben. In der *Neuen Rundschau*, Nr. 3/1970, reflektiert O. K. *Werkmeister* über die Utopie der Kunst in der Kulturindustrie und in der Kritischen Theorie.

Alternative, Nr. 74/1970, berichtet über neue Modelle für den Sprachunterricht. (Die Entfesselung der Produktivkraft Sprache.)

Kritische Justiz, Nr. 2/1970, enthält einen gut belegten Aufsatz über die Funktionen des gewerkschaftlichen Legalismus von *Lutz Unterseher* und eine Kritik des Berufsbildungsgesetzes, die in konkrete Änderungsvorschläge mündet.

Die Zeitschrift des Internationalen Arbeitsamtes *International Labour Review*, Vol. 102, Nr. 2/1970, stellt die in vielen Ländern übliche besondere Behandlung von Betriebsunfällen gegenüber anderen Unfällen in Frage und befürwortet ein neues Prinzip der gesellschaftlichen Verantwortung auf der Grundlage der sozialen Solidarität.

Barbara Skriver